

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013
– Drucksache 15/3802**

**Denkschrift 2013 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des
Landes Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 2 – Entwicklung der Einnahmen und Ausga-
ben des Landes 2003 bis 2012**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013 zu Beitrag Nr. 2 – Druck-
sache 15/3802 – Kenntnis zu nehmen.

14. 11. 2013

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/3802 in seiner 37. Sitzung am 14. November 2013.

Der Berichterstatter bemerkte, die Steuereinnahmen des Landes lägen 2013 um 3 Milliarden € höher als 2011. Dies sei für das Land insgesamt gut.

Weniger erfreulich sei allerdings, dass sich auch die Ausgaben erhöht hätten, wobei vor allem die hohen Personalkosten und die stark gestiegenen Zahlungen in den Länderfinanzausgleich auffielen. In beiden Punkten bestehe Handlungsbedarf für die Landesregierung. Bedauerlicherweise unternehme sie hierbei jedoch nicht viel. Zum einen wäre zu erwarten, dass die Landesregierung ein Personal- und ein Personalabbaukonzept vorlege und dies auch konsequent umsetze. Zum anderen müsste die Landesregierung, auch wenn die betreffenden Möglichkeiten begrenzt seien, aktiv etwas gegen die Regelungen zum Länderfinanzausgleich tun.

Ausgegeben: 11. 12. 2013

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

Ab 2020 sei nach den Vorgaben des Grundgesetzes der Haushalt ohne Aufnahme neuer Schulden auszugleichen. Die Erreichung dieses Ziels wäre gefährdet, wenn das bisherige Ausgabenniveau im Land beibehalten würde.

Eine Abgeordnete der Grünen brachte vor, sie habe bei den Ausführungen ihres Vorredners heute zum ersten Mal gehört, dass die CDU auch auf gestiegene Ausgaben verweise. Bisher sei von der CDU immer nur auf gestiegene Einnahmen abgehoben worden. Allerdings habe der Berichterstatter gleich noch zwei Ausgabenbereiche angeführt, in denen die Landesregierung zu wenig tun würde, obwohl er genau wisse, dass die entsprechenden Möglichkeiten begrenzt seien. Im Übrigen fordere die CDU z. B. in der Bildungs- und in der Verkehrspolitik immer wieder Mehrausgaben, ohne aber mitzuteilen, welche Aufgaben dafür wegfallen sollten.

Das bestehende System des Länderfinanzausgleichs gelte bis 2019. Eine Klage dagegen würde auch Risiken in sich bergen. Für den aktuellen und den darauffolgenden Haushalt lasse sich in diesem Zusammenhang sicherlich nichts erreichen, da hierzu keine Möglichkeit bestehe. Jedoch wolle auch die Regierungskoalition den Länderfinanzausgleich ändern. Die Landesregierung arbeite daran und bemühe sich, eine Einigung herbeizuführen.

Die Personalausgaben im Land seien nicht erst nach Übernahme der Regierung durch Grün-Rot gestiegen. Der Rechnungshof lege in seinem Denkschriftbeitrag genau dar, wie sich die Einnahmen und Ausgaben im Zeitraum 2003 bis 2012 entwickelt hätten. Diese Auflistung bilde eine gute, objektive Grundlage für weitere Debatten.

Auch würden die Personalstellen, die mit einem k.w.-Vermerk („künftig wegfallend“) versehen seien, abgebaut. Allerdings seien hierbei, genauso wie im Hinblick auf den Länderfinanzausgleich, die Möglichkeiten begrenzt.

Ein Abgeordneter der SPD äußerte, der Berichterstatter ziehe aus den Zahlen nicht die richtigen Schlüsse. Die Opposition halte der Regierungskoalition immer wieder vor, die Steuereinnahmen befänden sich auf Rekordniveau. Neuesten Schätzungen zufolge bewegten sich die Steuereinnahmen aber wieder auf einem normalen Niveau.

Neben den Einnahmen stiegen auch die Ausgaben. Allein für den Länderfinanzausgleich und den kommunalen Finanzausgleich hätten die Ausgaben 2012 insgesamt um über 1 Milliarde € höher gelegen als 2011. Er hoffe, dass sich in den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich eine Verbesserung in dem Sinn erzielen lasse, dass steigende Einnahmen in geringerem Maß als bisher höhere Zahlungen für den Länderfinanzausgleich zur Folge hätten und ein größerer Teil für die Haushaltskonsolidierung verwandt werden könne.

Auch die Personalausgaben seien in den vergangenen zehn Jahren stets gestiegen. Ausweislich der Zahlen in dem vorliegenden Denkschriftbeitrag hätten sich die Personalausgaben von 2008 bis 2011 jährlich um etwa 500 Millionen € erhöht. 2012 jedoch habe die Steigerung nur noch rund 300 Millionen € betragen. Dies zeige, dass die schmerzhaften Einschnitte, die die neue Regierungskoalition im Personalbereich beschlossen habe, allmählich wirkten.

Angesichts dessen, dass ein Haushalt immer für ein oder für zwei Jahre aufgestellt werde, sei ein Vergleich von Einnahmen und Ausgaben über einen längeren Zeitraum schwierig. Daher danke er dem Rechnungshof, dass dieser in seinem Denkschriftbeitrag die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben über einen Zeitraum von zehn Jahren dargestellt habe. Dies sei für Finanzpolitiker sehr interessant. Er ermuntere den Rechnungshof, seinen Denkschriften immer zwei, drei solcher Beiträge voranzustellen.

Der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft warb nach einem entsprechenden Hinweis des Ausschussvorsitzenden dafür, auch das Abgeordneteninformationssystem zu nutzen, das viel Transparenz biete. Er fuhr fort, die Opposition behaupte immer wieder, wegen Rekordsteuereinnahmen befinde sich das Land gegenwärtig in einer hervorragenden Situation. In den letzten 60 Jahren seien aber an sich jedes Jahr Rekordsteuereinnahmen zu verzeichnen gewesen. Sie

seien also eher die Regel und nichts Außergewöhnliches. Nur bei einer Rezession oder bei einer Wirtschaftskrise könne es einmal vorkommen, dass die Steuereinnahmen unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahrs lägen.

Zwischen 2003 und 2012 seien die Steuereinnahmen im Durchschnitt um 3,4 %, die Ausgaben jedoch lediglich um 2,4 % pro Jahr gestiegen. Dennoch habe das Land in diesem Zeitraum 9,9 Milliarden € neue Schulden aufgenommen. Wer also genau den angesprochenen Zeitraum in den Blick nehme, erkenne deutlich, dass zwischen der Verschuldung und der Steigerung der Steuereinnahmen kein Zusammenhang bestehe. So dürften nicht nur die Steuereinnahmen, sondern müssten die Einnahmen insgesamt betrachtet werden. Außerdem sei zu berücksichtigen, dass auch die Ausgaben fast jedes Jahr stiegen und welche Zahlungen das Land für den Länderfinanzausgleich zu erbringen habe.

In den vergangenen zehn Jahren habe sich die Zahl der Personalstellen und der Pensionäre erhöht. Das Land lege inzwischen Beiträge für die Versorgung zurück, auch wenn diese vielleicht zu niedrig seien. Hinzu komme, dass sich die demografische Entwicklung auch bei den Beamten niederschlage und dadurch die Beihilfeausgaben erheblich angewachsen seien. Durch all dies hätten sich die Personalausgaben des Landes überproportional erhöht. Dies wirke sich trotz guter Steuereinnahmen im Saldo auch auf den Haushalt aus.

Ohne förmliche Abstimmung verabschiedete der Ausschuss auf Vorschlag des Rechnungshofs die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 15/3802 Kenntnis zu nehmen.

11. 12. 2013

Dr. Reinhard Löffler